

## Neue Schwerpunkte für die Zusammenarbeit EU-Afrika

Da sich die EU und Afrika anschicken, ihre Schwerpunkte für die Zusammenarbeit im Rahmen der vor zehn Jahren angenommenen Gemeinsamen Strategie EU-Afrika neu festzulegen, wird das Europäische Parlament während der ersten Plenartagung im November eine Entschließung erörtern, in der es seinen Standpunkt hierzu vor dem für Ende November geplanten EU-Afrika-Gipfel darlegt. Im Mittelpunkt dieses Gipfeltreffens wird die Notwendigkeit stehen, in die Jugend zu investieren. Dieses Problem hat vor dem Hintergrund des Bevölkerungswachstums in Afrika und der zunehmenden irregulären Migration von diesem Kontinent nach Europa an Bedeutung gewonnen.

### Hintergrund

Die [Zusammenarbeit der EU mit Afrika](#) findet auf mehreren Grundlagen statt. Im [Partnerschaftsabkommen](#) mit den AKP-Staaten (dem Cotonou-Abkommen) werden die Grundsätze der Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe der EU für Afrika südlich der Sahara festgelegt, wohingegen für die Zusammenarbeit mit den nordafrikanischen Staaten der südliche Teil der [EU-Nachbarschaftspolitik](#) maßgeblich ist. Nach der Gründung der [Afrikanischen Union](#) im Jahr 2002 wurde anerkannt, dass es eines einheitlichen Rahmens für die Zusammenarbeit auf kontinentaler Ebene bedurfte, und 2007 wurde die [Gemeinsame Strategie Afrika-EU](#) angenommen. Durch sie soll eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen Afrika und der EU auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und Werte aufgebaut werden. Die Gemeinsame Strategie verfügt über ihr eigenes Finanzierungsinstrument, das 2014 ins Leben gerufene und im Rahmen des [Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit](#) für den Zeitraum 2014–2020 mit einem Haushalt von 845 Mio. EUR ausgestattete [afrikaweite Programm](#). Allerdings ist die Gemeinsame Strategie nicht auf von diesem Instrument abgedeckte Aktionen beschränkt, da sie sämtliche Bereiche der Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika von kontinentaler oder regionaler Relevanz von Frieden und Sicherheit bis hin zu Handel und Zusammenarbeit in internationalen Foren zu globalen Fragen umfasst. Die Schwerpunkte der Gemeinsamen Strategie werden regelmäßig auf dem [Gipfeltreffen](#) der Staats- und Regierungschefs aus der EU und Afrika, das alle drei Jahre stattfindet, überarbeitet. Das nächste [Gipfeltreffen](#) findet Ende November in Abidjan (Côte d'Ivoire) statt. Im Mai 2017 veröffentlichten die Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst in einer [gemeinsamen Mitteilung](#) unter dem Titel „A renewed impetus of the Africa-EU Partnership“ („Neuer Schwung für die Zusammenarbeit zwischen Afrika und der EU“) Vorschläge für eine künftige Zusammenarbeit.

### Der gegenwärtige Stand der Zusammenarbeit

In dem [Fahrplan](#), der auf dem vierten Gipfeltreffen EU-Afrika im April 2014 in Brüssel angenommen wurde, wurden fünf Schwerpunktbereiche herausgestellt: Frieden und Sicherheit, Demokratie, verantwortungsvolle Staatsführung und Menschenrechte, menschliche Entwicklung, Entwicklung und Wachstum auf nachhaltige und inklusive Weise und die kontinentale Integration betreffende, globale und neu auftretende Probleme. In einigen Bereichen sind bisher bemerkenswerte Erfolge erzielt worden. Die Unterstützung der EU für die Afrikanische Union im Bereich Frieden und Sicherheit trug entscheidend zum Erfolg der Friedens- und Sicherheitsarchitektur der Afrikanischen Union und zu dem Friedenseinsatz in Somalia unter afrikanischer Führung (Amisom) bei, die größtenteils mit EU-Finanzmitteln bestritten wurden. Die EU hat auch den Kapazitätsaufbau afrikanischer Einrichtungen im Bereich Menschenrechte unterstützt. Die irreguläre Migration trat nach dem Gipfeltreffen von Valletta im November 2015 in den Blickpunkt der Zusammenarbeit, wo auch beschlossen wurde, einen [Nothilfe-Treuhandfonds der EU für Afrika](#) einzurichten, um der grundlegenden Ursachen Herr zu werden. Im Bereich Handel wurden Verhandlungen über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) – asymmetrische Freihandelsabkommen mit einer starken Entwicklungskomponente – mit regionalen Gruppierungen in [Süd-](#), [West-](#) und [Ostafrika](#) abgeschlossen,



allerdings sträuben sich einige Staaten in den beiden letztgenannten Regionen immer noch, den endgültigen Wortlaut des Abkommens zu billigen. Um die Entwicklung zu beschleunigen und die grundlegenden Ursachen der Migration in Angriff zu nehmen, hat die EU Investitionen in Afrika gefördert, wobei sie eine Mischung öffentlicher Finanzhilfen mit privaten Mitteln einsetzte. Diesbezüglich umfasst der vor Kurzem eingerichtete [Europäische Fonds für nachhaltige Entwicklung](#) zwei Plattformen, von denen eine Afrika gewidmet sein wird, sowie eine neue Risikogarantie für Investoren. Es wird erwartet, dass durch den Fonds umfangreiche Investitionen in Afrika mobilisiert werden.

Initiativbericht: 2017/2083(INI); federführender Ausschuss: DEVE; Berichtersteller: Maurice Ponga (PPE, Frankreich)

## Die von der Europäischen Union vorgeschlagenen neuen Schwerpunkte

In der gemeinsamen Mitteilung „A renewed impetus of the Africa-EU Partnership“ werden die wichtigsten möglichen künftigen Handlungsschwerpunkte skizziert. Dabei werden die Herausforderungen und Chancen anerkannt, die mit der demografischen Dynamik des afrikanischen Kontinents und seinem laufenden Wandel zusammenhängen. Definiert werden diese Schwerpunkte unter Berücksichtigung der Agenda 2063 der Afrikanischen Union – einer programmatischen Vision dessen, was der Kontinent anstreben sollte – und der [Globalen Strategie der EU](#). Die Transformationsagenda für Afrika, die der EU vorschwebt, gliedert sich im Wesentlichen in zwei Teile: den Aufbau widerstandsfähigerer Staaten und Gesellschaften und die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen für die Jugend.

Konkret beabsichtigt die EU, ihre Unterstützung für **afrikanische Kapazitäten im Bereich Frieden und Sicherheit** einschließlich Konfliktprävention und -bewältigung zu verstärken. Sie wünscht auch, ihre Arbeit mit afrikanischen Partnern für den Aufbau **rechenschaftspflichtiger, demokratischer, effektiver und transparenter Organe** auf allen Ebenen fortzusetzen, da sie eine Vorbedingung für widerstandsfähige Gesellschaften sind. Die **Steuerung von Migration und Mobilität** ist ein weiterer wichtiger Bestandteil der künftigen Zusammenarbeit, die in einem Geist gegenseitigen Vertrauens auf der Grundlage geteilter Verantwortung und unter uneingeschränkter Achtung der Menschenrechte stattfinden soll. Die EU schlägt vor, die legale innerafrikanische Mobilität und Migration zu verbessern und die Mobilität von Studierenden und Forschenden zu verstärken. Gleichzeitig soll gegen die irreguläre Migration angegangen werden, indem Menschenhandel und Schmuggel bekämpft werden. Im Bereich der **wirtschaftlichen Entwicklung** wird die [europäische Investitionsoffensive für Drittländer](#) beschrieben als das mächtigste Mittel der EU zur Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen in Afrika, das auf die grundlegenden Ursachen der Migration abzielt. Zu den weiteren in diesem Bereich benötigten Aktionen gehören die Schaffung eines günstigen Geschäftsklimas, der Aufbau der wichtigsten Infrastrukturen einschließlich der Elektrifizierung in Afrika, Unterstützung für KMU und die Förderung der regionalen und kontinentalen Integrationsbemühungen Afrikas. Angesichts der Bedeutung der Landwirtschaft Afrikas für die Beschäftigung will die EU auch deren **Umwandlung** fördern. Die EU räumt ein, dass sich **das Niveau der allgemeinen und beruflichen Bildung in Afrika verbessern** muss, und sagt zu, dies zu unterstützen.

## Standpunkte der Interessenträger

Im Vorfeld des Gipfeltreffens Afrika-EU traten im Juli 2017 Vertreter der Zivilgesellschaft auf dem Dritten Forum für die Zivilgesellschaft Afrika-EU in Tunis zusammen und nahmen eine [gemeinsame Erklärung](#) an. Darin wurde der schwindende Raum für die Zivilgesellschaft festgestellt und die unzureichende Einbindung der Zivilgesellschaft in die Umsetzung der Strategie bedauert. In der Erklärung wird empfohlen, den Raum für die Zivilgesellschaft zu schützen und günstige Rahmenbedingungen zu schaffen sowie die Rolle der Zivilgesellschaft beim Aufbau widerstandsfähiger Gesellschaften anzuerkennen. Weitere Empfehlungen beziehen sich darauf, für die Inklusion von Frauen und Jugendlichen in Bemühungen um eine Friedenskonsolidierung zu sorgen und gleichzeitig jegliche Form des Menschenhandels zu bekämpfen, wobei Maßnahmen und Investitionen im Bereich öffentlicher Versorgungsleistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung und Sozialschutz für alle, die Förderung international anerkannter Arbeitsnormen und die Förderung nachhaltiger Wirtschaftsmodelle (einschließlich Ruralisierung) Vorrang genießen.

Auch junge Menschen haben ihre Erwartungen definiert. Auf dem vierten [Afrika-EU-Gipfeltreffen der Jugend](#), das im Oktober 2017 in Abidjan stattfand, wurde eine [Erklärung](#) zu Schwerpunkten angenommen, die in das

hochrangige Gipfeltreffen einfließen sollen. Darin werden eine bessere Teilhabe junger Menschen einschließlich solcher, die schutzbedürftig sind, an der Gesellschaft, die Schaffung der geeigneten Voraussetzungen für eine Stärkung der wirtschaftlichen Stellung Jugendlicher (günstige geschäftliche Rahmenbedingungen, die es jungen Menschen ermöglichen, Unternehmen zu gründen, verbesserter Zugang zu Unternehmensfinanzierungen für junge Menschen, Verbesserung der Fähigkeit von Jungunternehmern zur Führung eines Unternehmens) und die Einbeziehung junger Menschen in die Konfliktprävention gefordert.

Die Internationale Krisengruppe hat eine [Analyse](#) des Verhältnisses zwischen Afrika und der EU veröffentlicht, in der sie beiden Seiten empfiehlt, offener mit ihren Meinungsverschiedenheiten umzugehen, Beratungen im Bewusstsein ihrer strategischen Interessen zu führen und eine Einigung darüber anzustreben, wie die Migration nach Europa zu bewältigen ist.

## Standpunkt des Europäischen Parlaments

Das Parlament legt ebenfalls seine Empfehlungen für das Gipfeltreffen Afrika-EU fest. Am 10. Oktober 2017 nahm sein Entwicklungsausschuss (DEVE) einen [Initiativbericht](#) unter dem Titel „Die EU-Afrika-Strategie: ein Ansporn für die Entwicklung“ (Berichtersteller: Maurice Ponga, PPE, Frankreich) an. Darin wird empfohlen, bei der künftigen Zusammenarbeit das Augenmerk auf folgende Bereiche zu legen: **wirtschaftliche Entwicklung** (durch Handel und WPAs, regionale Integration, wirtschaftliche Diversifizierung, nachhaltige Industrialisierung), **verantwortungsvolle Staatsführung** einschließlich der Menschenrechte, **menschliche Entwicklung** (durch bessere Bildung, Gesundheitsversorgung, Zugang zu Wasserversorgung und Abwasserentsorgung und Gleichstellung von Frauen und Männern), **Migration und Mobilität** sowie **Umwelt** einschließlich Klimawandel. In dem Bericht wird Widerstandsfähigkeit als der Schlüsselbegriff für die Bewältigung der Herausforderungen Afrikas betrachtet und vorgeschlagen, die Widerstandsfähigkeit in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Soziales, Umwelt und Sicherheit zu verbessern. Es wird darauf hingewiesen, dass Investitionen und Handel verantwortungsvoll gestaltet und internationale Gesundheits-, Sicherheits-, Arbeits- und Umweltnormen eingehalten werden müssen. Ferner wird ein ganzheitlicher Ansatz in Bezug auf die Migration empfohlen, bei dem der demografischen Lage und den ursprünglichen Ursachen Rechnung getragen, die Förderung legaler Migration gefordert und betont wird, dass die Entwicklungshilfe nicht an die Zusammenarbeit im Bereich Migration geknüpft werden sollte.